

Beschlussempfehlung und Bericht

des Wirtschaftsausschusses (9. Ausschuss)

**zu dem Antrag der Abgeordneten Gerold Otten, Leif-Erik Holm, Dr. Malte Kaufmann, weiterer Abgeordneter und der Fraktion der AfD
– Drucksache 20/6536 –**

Verpflichtende Einführung von Offset-Geschäften bei Rüstungsbeschaffungen im Ausland

A. Problem

Aufforderung an die Bundesregierung, bei Rüstungsbeschaffungen im Ausland künftig von ausländischen Lieferanten eine Kompensation durch sogenannte „Offset-Vereinbarungen“ von mindestens 60 Prozent des Kaufpreises in Deutschland zu verlangen und in diesem Zusammenhang bis zum Ende der Sommerpause 2023 einen Gesetzentwurf vorzulegen.

B. Lösung

Ablehnung des Antrags mit den Stimmen der Fraktionen SPD, CDU/CSU, BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN, FDP und DIE LINKE. gegen die Stimmen der Fraktion der AfD.

C. Alternativen

Annahme des Antrags.

D. Kosten

Wurden nicht erörtert.

Beschlussempfehlung

Der Bundestag wolle beschließen,
den Antrag auf Drucksache 20/6536 abzulehnen.

Berlin, den 27. September 2023

Der Wirtschaftsausschuss

Michael Grosse-Brömer
Vorsitzender

Bernd Westphal
Berichterstatter

Bericht des Abgeordneten Bernd Westphal

I. Überweisung

Der Antrag auf **Drucksache 20/6536** wurde in der 100. Sitzung des Deutschen Bundestages am 27. April 2023 an den Wirtschaftsausschuss zur federführenden Beratung sowie an den Haushaltsausschuss, den Verteidigungsausschuss und an den Ausschuss für Digitales zur Mitberatung überwiesen.

II. Wesentlicher Inhalt der Vorlage

Die antragstellende Fraktion der AfD stellt fest, dass Deutschland anders als andere Staaten bei der Beschaffung von Rüstungsgütern im Ausland bisher auf sogenannte „Offset-Vereinbarungen“ verzichte. Damit seien Kompensationsgeschäfte gemeint, bei denen die Vergütung für erhaltene ausländische (Rüstungs-)Güter wenigstens zu einem Teil nicht entgeltlich, sondern über Vereinbarungen von verpflichtenden Gegengeschäften zugunsten der eigenen (Rüstungs-)Industrie erfolge. Solche Geschäfte sind der Fraktion der AfD zufolge geeignet, gerade im Verteidigungsbereich nationale Schlüsseltechnologien und -industrien zu erhalten oder aufzubauen und so wehrtechnische Abhängigkeiten vom Ausland zu mindern und die Versorgungssicherheit der eigenen Streitkräfte zu stärken. Insbesondere vor dem Hintergrund der anstehenden erheblichen Investitionen im Rahmen des – von der Fraktion begrüßten – Sondervermögens Bundeswehr in Höhe von 100 Milliarden Euro sei es wichtig, die fraktionsseitig erachteten Vorteile von Offset-Vereinbarungen schnellstmöglich zu nutzen.

Die Fraktion der AfD schlägt dem Deutschen Bundestag deshalb vor, die Bundesregierung aufzufordern, bei Rüstungsbeschaffungen im Ausland künftig von ausländischen Lieferanten eine Kompensation durch Offset-Vereinbarungen von mindestens 60 Prozent des Kaufpreises in Deutschland zu verlangen. In diesem Zusammenhang solle dem Deutschen Bundestag bis zum Ende der Sommerpause 2023 ein Gesetzentwurf vorgelegt werden, nach dem die Verpflichtung zu Offset-Kompensationsgeschäften ein integraler Bestandteil von Rüstungsbeschaffungsvorhaben im Ausland werde. Inhaltlich sollten sich Offset-Vereinbarungen nach der üblichen Verfahrensweise der europäischen Partner richten.

III. Stellungnahmen der mitberatenden Ausschüsse

Der **Haushaltsausschuss** hat den Antrag auf Drucksache 20/6536 in seiner 57. Sitzung am 27. September 2023 beraten und empfiehlt mit den Stimmen der Fraktionen SPD, CDU/CSU, BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN, FDP und DIE LINKE. gegen die Stimmen der Fraktion der AfD dessen Ablehnung.

Der **Verteidigungsausschuss** hat den Antrag auf Drucksache 20/6536 in seiner 46. Sitzung am 27. September 2023 beraten und empfiehlt mit den Stimmen der Fraktionen SPD, CDU/CSU, BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN, FDP und DIE LINKE. gegen die Stimmen der Fraktion der AfD dessen Ablehnung.

Der **Ausschuss für Digitales** hat den Antrag auf Drucksache 20/6536 in seiner 44. Sitzung am 27. September 2023 beraten und empfiehlt mit den Stimmen der Fraktionen SPD, CDU/CSU, BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN, FDP und DIE LINKE. gegen die Stimmen der Fraktion der AfD dessen Ablehnung.

IV. Beratungsverlauf und Beratungsergebnisse im federführenden Ausschuss

Der Wirtschaftsausschuss hat den Antrag der Fraktion der AfD auf Drucksache 20/6536 in seiner 53. Sitzung am 27. September 2023 abschließend beraten.

Der **Wirtschaftsausschuss** empfiehlt dem Deutschen Bundestag mit den Stimmen der Fraktionen SPD, CDU/CSU, BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN, FDP und DIE LINKE. gegen die Stimmen der Fraktion der AfD die Ablehnung des Antrags auf Drucksache 20/6536.

Berlin, den 27. September 2023

Bernd Westphal
Berichtersteller